

## ANSPRECHPARTNER

**Julia Goll**

Innenpolitische Sprecherin

julia.goll@fdp.landtag-bw.de  
+49 711 2063-9220**Daniel Karrais**

Sprecher für Digitalisierung

daniel.karrais@fdp.landtag-bw.de  
+49 711 2063-9340**Nico Weinmann**Sprecher für Kommunales  
& Bevölkerungsschutznico.weinmann@fdp.landtag-bw.de  
+49 711 2063-9380**Domenico Burkart**

Parlamentarischer Berater

domenico.burkart@fdp.landtag-bw.de  
+49 711 2063-9139

# INNERES & DIGITALISIERUNG

Wir können stolz auf unsere Blaulichtorganisationen sein, ihre Leistungen können kaum hoch genug eingeschätzt werden und haben unseren vollen Respekt verdient. Die Politik sollte ihnen daher den Rücken freihalten. Leider mussten wir auch dieses Jahr wieder die Erfahrung machen, dass Innenminister Thomas Strobl es an der Wertschätzung für Polizei, Rettungsdienst, Feuerwehr und Katastrophenschutz gelegentlich fehlen lässt. Mit unseren parlamentarischen Initiativen haben wir Missstände thematisiert und die Stärkung der Blaulichtorganisationen aktiv eingefordert.

## Polizei stärken

Bereits im Koalitionsvertrag hat Grün-Schwarz eine anonymisierte Kennzeichnungspflicht für geschlossene Einheiten der Polizei vereinbart, obwohl es gerade dort in den letzten 5 Jahren keine einzige Beschwerde gab, bei der sich die Person der Polizistin oder des Polizisten nicht ermitteln ließ. Die Zahlen belegen also, dass eine Kennzeichnungspflicht die Aufklärung von –vermeintlichem- polizeilichem Fehlverhalten in keiner Weise verbessert. Dennoch drückt der Innenminister, der sich dieser Forderung der Grünen bedingungslos gefügt hat, mit der Umsetzung jetzt das Misstrauen gegenüber seinen Beamten aus.

Bei Schießtrainings sollen Polizistinnen und Polizisten ohne ihr Wissen gefilmt worden sein, die im Raum stehenden Datenschutzverstöße wurden im Innenministerium lange

ignoriert. Die Besetzungs- und Beförderungsverfahren im Landespolizeipräsidium haben wir bereits im September als intransparent kritisiert. Die Vergabe von Spitzenämtern wurde ohne Tagesordnung und vor der offiziellen Stellenausschreibung bereits in den Gremien der Polizeiführung besprochen. Nach den neuerlichen Vorwürfen gegen den Inspekteur der Polizei droht die gesamte Polizei in Verurteilung zu geraten. Für uns ist klar: Die schlechte Führung des Innenministers darf nicht auf die Arbeit der Polizei zurückfallen. Deshalb fordern wir eine lückenlose Aufklärung dieser Missstände.

## Wertschätzung für unsere Helfer

Wertschätzung für unsere Blaulichtorganisationen drückt sich nicht zuletzt auch durch die sachliche und personelle Ausstattung aus. Feuerwehren und Rettungsdienst brauchen moderne Wachen und Ausrüstung, die neuen Herausforderungen gerecht wird. Aus- und Fortbildungsmaßnahmen müssen in der Breite ermöglicht werden. Dabei gilt es auch zu berücksichtigen, dass gerade praktische Übungen nicht ausschließlich ins Digitale verlagert werden können. Das Ehrenamt muss gestärkt werden, damit es auch zukünftig attraktiv bleibt.

## DIE WICHTIGSTEN ANTRÄGE

- » [17/9](#) - Kennzeichnungspflicht und Landesantidiskriminierungsgesetz
- » [17/128](#) - Antisemitische und antisraelische Vorfälle im Zusammenhang mit der Lage im Nahen Osten
- » [17/275](#) - Aufzeichnung des polizeilichen Schießtrainings in Bild und Ton
- » [17/407](#) - Ausstattung und Schulung der Feuerwehren im Land für Unfälle und Brände mit E-Fahrzeugen
- » [17/763](#) - Geplante Verkürzung der Hilfsfristen im Rettungsdienst
- » [17/844](#) - Besetzungen von Spitzenämtern bei der Polizei

## IM FOKUS

# HERAUSFORDERUNGEN FÜR DEN KATASTROPHENSCHUTZ AUCH IN BW

Arbeitskreis:  
**Inneres & Digitalisierung**

Ansprechpartner:  
**Julia Goll  
Daniel Karrais  
Nico Weinmann**

*Durch die tragische Hochwasserkatastrophe im Ahrtal sind die Herausforderungen für den Katastrophenschutz wieder stärker ins Blickfeld geraten. Auch in Baden-Württemberg gibt es an zentralen Stellen Verbesserungsbedarf.*

Bei dieser Naturkatastrophe starben in Deutschland so viele Menschen wie nie in den vergangenen 60 Jahren. Die Welle der Hilfsbereitschaft und der Solidarität aus der Bevölkerung war überwältigend und den Einsatzkräften gebührt unser großer Dank. Solche Katastrophen dürfen durch die Politik genau so wenig instrumentalisiert werden wie nicht einfach zur Tagesordnung übergegangen werden kann. Fehler müssen analysiert und Verantwortlichkeiten klar benannt werden, damit solche Tragödien in Zukunft verhindert werden können.

Bei der Analyse der Hochwasser zeigte sich, dass die Fehlerkette bereits mehrere Tage vor dem Sturzregen begann. Entsprechenden Warnungen der Meteorologen und der Katastrophenschützer wurde nur halbherzig nachgegangen. Die Bevölkerung wurde sowohl über das drohende Ausmaß der Fluten als auch über das richtige Verhalten in solchen Situationen im Unklaren gelassen. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz sollte daher künftig eine Zentralstellenfunktion übernehmen.

## Handlungsbedarf besteht auch in Baden-Württemberg

Beim Frühwarnsystem bestehen Defizite. Digitale Apps wie NINA oder MoWaS haben großes Potenzial, aber eben auch noch viele Mängel. Bislang nutzen nur rund 10 Prozent der Bevölkerung entsprechende Apps. In diesem Zusammenhang haben wir uns dafür eingesetzt, dass ergänzende Warnungen ähnlich einer SMS an alle Mobiltelefone in betroffenen Gebieten verschickt werden sollen.

Im Rahmen der Stadtentwicklungspolitik muss berücksichtigt werden, dass infolge des Klimawandels solche extremen Naturereignisse weiter zunehmen werden. Wir brauchen daher leistungsfähigere Abwassersysteme und Überflutungsflächen, aber auch die Förderung moderner Projekt wie etwa von sogenannten Schwammstädten mit vielen kleinen Speicherräumen für Regenwasser. Und nicht zuletzt bedarf es der Stärkung der größtenteils ehrenamtlichen Struktur im Bevölkerungsschutz, indem etwa die Ausübung eines Ehrenamtes neben dem Beruf als Anreiz gerade auch für junge Menschen gefördert wird

### DIE WICHTIGSTEN ANTRÄGE

- » [17/437](#) - Notrufe bei Unwettern und ähnlichen Naturereignissen
- » [17/580](#) - Vorsorgemaßnahmen im Katastrophenschutz
- » [17/685](#) - Verbreitung der Notfall-Informations- und Nachrichten-App des Bundes (NINA-App) und Warn-Sirenen im Land

**Hier geht's zurück zur Übersicht!**